

Länder

Barack Obama – Ein ganz normaler imperialistischer Politiker!

Von Dieter Breuer / 1. September 2008

Über 200.000 Menschen sollen dem US-Präsidentschaftskandidaten in Berlin bei seiner halbstündigen Rede zugejubelt haben.

Über 200.000 Menschen sollen dem US-Präsidentschaftskandidaten in Berlin bei seiner halbstündigen Rede zugejubelt haben.

Sehr bescheiden begann Obama in Berlin zunächst über seine Herkunft zu reden: „Meine Mutter ist im Herzen der USA geboren, während mein Vater in Kenia mit Ziegen-Hüten groß wurde. Mein Großvater väterlicherseits arbeitete als Koch für die britische Herrschaft. Inmitten des Kalten Krieges entschied mein Vater, dass die Erfüllung seines Lebenstraums die Freiheiten und Möglichkeiten erforderte, welche der Westen versprach“.

Obamas Vater schaffte es in die USA einzureisen, und dort Fuß zu fassen. In seiner Rede schlug Barack Obama nun die Brücke von seiner Herkunft zu Berlin: „Diese Stadt, vor allen anderen Städten, kennt den Traum von Freiheit“. Und er redete über die Berliner Luftbrücke von 1948/49 und wie Amerikaner und Deutsche doch schon damals, nur drei Jahre nach ihrer Kriegsgegnerschaft gemeinsam für die Freiheit gekämpft, und wo sie gemeinsam den Vormarsch des Kommunismus durch Europa gestoppt hätten. Konsequent bezog er dann den Fall der Berliner Mauer mit ein. Sowohl dem Sinn als auch der Wortwahl nach erinnert die ganze antikommunistische Tirade sehr an Ronald Reagan. Atemberaubend ist die kokette Demagogie der Darstellung seiner einfachen Herkunft, mit der er tatsächlich viele Menschen für sich einnimmt. Gerne und schon fast berauscht wiederholen sie seinen Ruf: „es we can“! So bereitet er sie auf die realen Projekte und Ziele seiner politischen Pläne vor: „Die Lasten unserer Weltbürgerschaft verbinden uns miteinander. Ein Wechsel der Führung in Washington wird dies nicht ändern. In diesem neuen Jahrhundert werden Amerikaner und Europäer gleichermaßen mehr tun müssen – nicht weniger“.

Germans to the front

„Wohl erkenne ich die riesigen Probleme in Afghanistan. Trotzdem stärkt es doch unsere beiden Länder, dass die erste Mission der NATO außerhalb europäischer Grenzen ein Erfolg ist. Diese Arbeit muss gemacht werden – für die Menschen in Afghanistan wie auch für unsere gemeinsame Sicherheit. Die USA können dies nicht allein“. Obama will mehr deutsche Soldaten in Afghanistan und er will sie im Kampfeinsatz sehen! Nicht genug: „Mein Land muss zusammen mit Ihrem und mit ganz Europa eine direkte Botschaft an den Iran aussenden, die nuklearen Bestrebungen aufzugeben“.

Wie soll die direkte Botschaft aussehen? Eine taktische Atomwaffe vielleicht? Und Mister Obama, soll nur der Iran seine Bestrebungen aufgeben? Ist Pakistan z. B. ungefährlich? Oder die 20 Atombomben in der Eifel

unter deutscher Kontrolle?

Obama erwähnte dann wieder beinahe selbstverständlich das arme Kind in Bangla Desh, AIDS und Darfur. Erst nachdem mensch feststellt, dass die UNO überhaupt nicht vorkommt – übrigens nicht nur in dieser Berliner Rede – wird es wieder einfacher, seine Rede von ihrer maskierenden Freundlichkeit zu befreien. Statt friedensstiftender Maßnahmen vonseiten der UNO oder einzelner Länder ist bei ihm ausschließlich die Rede von Stärkung der NATO, militärischem Einsatz der NATO und immer wieder von militärischer Entlastung der USA durch Europa und mehr europäischem militärischem Engagement. Da, wo er konkreter wurde, hat Obama in Berlin nur militärische Antworten gegeben und militärische Forderungen gestellt. Oder wie Joschka Fischer in der ZEIT zitiert wurde: „Obama ... hat den Europäern gesagt: Mit mir wird in Zukunft gemeinsam entschieden und dann gemeinsam gekämpft, und wenn es sein muss, auch gemeinsam gestorben. Die Arbeitsteilung: Wir kämpfen und ihr baut auf, die wird so nicht mehr funktionieren...“.

Der Kampf um das Öl des kaspischen Beckens

Wir wissen nicht, wie die Lage im kaspischen Becken um Georgien und seine Nachbarn bei Erscheinen dieses Artikels sein wird. Klar ist wohl, dass Präsident Saakaschwili nach sechsjähriger militärischer Unterstützung und Vorbereitung seiner Armee durch die USA eine Aufnahme Georgiens in die NATO forcieren will, auch auf Kosten der AbchasInnen und OssetInnen. Klar ist auch, dass sowohl McCain als auch Obama für eine Aufnahme sind. Eine Kritik der Demokratischen Partei und ihres Kandidaten Obama an Bushs Georgienpolitik gibt es bis dato nicht. Dies ist auch kaum zu erwarten. Schon Obamas Kritik am Irakkrieg reduzierte sich im Wesentlichen auf taktische Fragen sowie darauf, dass die US-Truppen zu sehr dort gebunden seien, um oder anstatt auch woanders einzugreifen. Schon letztes Jahr hatten sowohl John McCain als auch Hillary Clinton und Barack Obama sowohl beim Thema Iran als auch generell in Interviews den Einsatz von Atomwaffen nicht ausgeschlossen, sondern bejaht. Bush hat abgewirtschaftet. Durch die militärische Eskalation erreicht er aber, dass im US-Wahlkampf zunehmendes soziales Elend in den USA sowie die Finanz- und Immobilienkrise nicht mehr dominieren. Eine wesentliche Änderung seiner Politik wird es unter seinem Nachfolger nicht geben, egal wie er heißen wird. Höchstens gibt es eine Verschärfung. Denn eine direkte militärische Konfrontation zwischen den USA und Russland kann niemand mehr ausschließen.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Montag den 1. September 2008
in der Kategorie: [Länder](#), [RSB4](#).